

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

379

Wien, am 2. Dezember 1931.

Der städtische Voranschlag für das Jahr 1932.

Der Wiener Stadtsenat setzte heute gemeinsam mit dem städtischen Finanzausschuss die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1932 fort. Zur Verhandlung steht die Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung.

In Fortsetzung der Spezialdebatte verlangt Vizebürgermeister Hoss, der sich ausführlich mit dem Bürgerspitalsfonds beschäftigt, die Aufstellung eines Inventars und eine Zusammenstellung der Gründe des Bürgerspitalsfonds, die von der Gemeinde verbaut worden sind. Der Redner warnt von einseitigen Sparmassnahmen im Fürsorgewesen, die geeignet sind, die Fürsorge nur zu schädigen. Sparmassnahmen sollen nur in zweckentsprechender Weise durchgeführt werden. Manche Anstalten haben einen derart hohen Personalstand, der mit der Zahl der Pfleglinge in gar keinem Einklang stehe. Hinsichtlich der "Winterhilfe" wünscht der Redner, dass für die Abgabe der Lebensmittelpakete ein ausreichend grosser Kreis von Geschäftsleuten herangezogen werde, um die Abgabe der Pakete klaglos durchführen zu können.

Gemeinderat Stöger stellt an den Referenten die Anfrage, ob es richtig sei, dass Versorgungsheimpfleglinge, wenn sie eine ihnen zugewiesene Arbeit nicht machen, in das Versorgungsheim in Mauerbach transferiert werden. Der Redner beschäftigt sich mit dem Betrieb ^{der} Wärmestuben und der Obdachlosenheime. Ich selbst habe eine Nacht im Obdachlosenasyll verbracht und dort erschütternde Erfahrungen gemacht. Es sind im Asyl schreckliche Zustände, deren Abstellung wir unbedingt fordern müssen. Während früher die notorischen Taugenichte abgesondert gehalten wurden, müssen jetzt hochanständige Leute, die plötzlich in grösste Not geraten sind, mit diesen Leuten zusammen schlafen. Es gibt auch keine Kleiderablage, so dass die Leute gezwungen sind, in den Kleidern zu schlafen. Meine Vorstellungen bei Stadtrat Professor Dr. Tandler waren jedoch erfolglos, weshalb wir neuerlich verlangen müssen, im Obdachlosenasyll Wandel zu schaffen. Gemeinderat Stöger beschäftigt sich dann mit der Bekämpfung des Alkoholismus und ersucht, die Zahl der Trinkerfürsorgestellen zu vermehren und insbesondere in den Schulen mehr Aufklärungsarbeit zu leisten.

Gemeinderat Angermayer wünscht, dass die Abgabe von Säuglingswäsche an reiche Leute eingestellt werde; Gemeinderat Uebelhör verlangt die Einstellung des städtischen Steinmetzbetriebes, der das private Gewerbe auf das empfindlichste schädige. Gemeinderat Krammer bemängelt, dass die Bürokratisierung der Fürsorge unliebsame Verzögerungen in der Aktenerledigung herbeiführe. In den städtischen Kinderhorten wie in der Schule überhaupt dürfe unter keinen Umständen Politik betrieben werden. Sie züchten in den Horten einen Nachwuchs, der Ihnen selbst einmal schwere Sorgen bereiten wird.

In seinem Schlusswort stellt Professor Dr. Tandler unter anderem fest, dass für den heurigen Winter drei Lokalitäten bereitgestellt seien, die in 24 Stunden als Wärmestuben etabliert werden können. Mit diesen drei Wärmestuben werde die Gemeinde im Bedarfsfalle insgesamt 8 Wärmestuben betreiben. Die Zahl der Pfleglinge steige von Jahr zu Jahr. Während im Oktober 1929 nur 11.427 Pflegebeiträge, im Oktober des Vorjahres 15.310 Pflegebeiträge ausgezahlt worden seien, sei die Zahl der Pflegebeiträge im heurigen Jahr auf 19.511 gestiegen. Von einer Einschränkung dieses Zweiges der Fürsorge könne daher unmöglich gesprochen werden. Der Vorwurf, die Gemeinde versuche auf Kosten der "Winterhilfe" zu sparen, müsse nachdrücklichst zurückgewiesen werden. Bei der "Winterhilfe" zeige sich eine erfreuliche Einmütigkeit, ein solcher Vorwurf sei nicht geeignet, das schöne Werk schwer zu schädigen. Unrich-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 2. Dezember 1931.

tig sei, dass die Erledigung von Fürsorgeakten durch bürokratische Massnahmen verzögert werde; die Fürsorgeverwaltung bemühe sich, die Zeit der Erledigung der Akten auf ein Mindestmass herabzudrücken.

Damit ist die Spezialdebatte über Wohlfahrtswesen und soziale Fürsorge abgeschlossen. Die vorgesehenen Positionen werden genehmigt, der Antrag Dr. Metzko wird abgelehnt.

Das Referat über die Verwaltungsgruppe "Wohnungswesen" erstattet amtsführender Stadtrat Weber. Er führt aus, dass bis jetzt 45.851 Wohnungen fertiggestellt worden sind; im Bau befinden sich gegenwärtig 7.179 Wohnungen, so dass zur Erfüllung des ganzen Wohnbauprogrammes (60.000 Wohnungen) noch 6.970 Wohnungen zu errichten sind. Ausserhalb des Wohnbauprogrammes der Gemeinde sind noch 4.714 Wohnungen (Notstandsprogramm 1923), 190 Wohnungen auf Grund der Heimbauhilfe und 571 Wohnungen aus dem Titel der Bundeswohnbauförderung errichtet worden, zusammen 5.475 Wohnungen. Mithin werden nach Fertigstellung der erwähnten 6.970 Wohnungen insgesamt 65.475 Wohnungen erbaut sein. Vom 1. Jänner bis 30. September laufenden Jahres wurden 5.322 Parteien mit Wohnungen versorgt. Am 1. Oktober waren beim Wohnungsamt 12.370 Wohnungssuchende vorgemerkt. Ausserdem bemühen sich 115.000 Parteien um Tausch ihrer gegenwärtigen Wohnung. Die vorgemerkten Parteien setzen sich zusammen aus 1.058 Parteien vom Jahre 1927, 1.229 Parteien aus dem Jahre 1928, 1.907 Parteien aus dem Jahre 1929, 3.751 Parteien aus dem Jahre 1930 und 4.435 Parteien aus dem Jahre 1931. Dass der Andrang zum Wohnungsamt trotz der Erhöhung der Zahl der Wiener Wohnungen von 540.000 auf rund 600.000 noch immer ein ganz gewaltiger ist, hat seine Ursache in der ständig ansteigenden Zahl der Eheschliessungen und in den vielen, kleinen und schlechten Wohnungen aus der Vorkriegszeit. Während in den Jahren 1909 bis 1913 in Wien 95.015 Eheschliessungen vollzogen wurden, beträgt die Zahl der Eheschliessungen in den Jahren 1919 bis 1923 nicht weniger als 132.795 und von 1924 bis 30. September dieses Jahres nicht weniger als 131.922.

Auf je 100 neugegründete Haushalte in den Jahren 1909 bis 1913 fiel ein Wohnungszuwachs von 45,9 Prozent, während der Wohnungszuwachs in den Jahren 1919 bis 1923

auf 3,6 Prozent fiel. In den Jahren 1924 bis 30. September dieses Jahres beträgt der Wohnungszuwachs auf je 100 neugegründete Haushalte jedoch schon 39 Prozent. Durch die umfassende Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien hat nicht nur dieser Prozentsatz eine bedeutende Verbesserung erfahren, sondern es ist auch die durchschnittliche Wohndichte in den Wiener Wohnungen von $4 \frac{1}{4}$ auf rund 3 Köpfe zurückgegangen. Das Ansteigen der Zahl der Eheschliessungen ist darauf zurückzuführen, dass in der Vorkriegszeit die Mehrheit der heiratsfähigen Männer in einem Lebensalter von 28 bis 30 Jahren zur Haushaltsgründung schritt, während heute die Haushaltsgründung vielfach schon vom 22. Lebensjahre an erfolgt. Dadurch seien um mindestens 50.000 Haushalte mehr gegründet worden. Der Referent stellt fest, dass es in einer Zeit der Wohnungsnot in Wien noch immer leerstehende Wohnungen gibt. Hier könnte nur zur Regelung des Wohnungsmarktes ein brauchbares Gesetz über den Wohnungsnachweis Abhilfe schaffen.

St. R. Biber spricht ausführlich über das Wohnungsproblem. Er bemerkt, dass die Mietzinse an die Verhältnisse viel zu gering angeglichen wurden; das sei ein volkswirtschaftlich unmöglicher Zustand. Gegenwärtig aber eine Mietzinserhöhung vorzunehmen, halten wir für eine glatte Unmöglichkeit und für eine Provokation der Bevölkerung. Der Redner beschäftigt sich dann mit dem Bericht des Rechnungshofes und stellt schliesslich den Antrag, das Kontrollamt habe eingehend zu überprüfen, ob eine weitere Beauftragung der Gesiba mit städtischen Siedlungsbauten vom Standpunkte der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gerechtfertigt sei; das Kontrollamt habe innerhalb 4 Wochen an den zuständigen Ausschuss zu berichten.

Die Verhandlungen werden abgebrochen. Nächste Sitzung Donnerstag.